

Solidarität der Städtebewohner

Die Initiativen MUT ZU KULTUR - INHALT VOR FASSADE in Köln kämpfen gegen den Abriss des Schauspielhauses, das durch einen Neubau für 193 Millionen Euro ersetzt werden soll, das Opernhaus soll renoviert werden, insgesamt sind 295 Millionen veranschlagt, Obergrenze ungewiss. Eure Bürgerinitiativen setzen sich ein für ein Baudenkmal der 50er Jahre Architekturmoderne, ein Stück ihrer Stadtgeschichte.

Wir vom Bündnis gegen das Projekt STUTTGART 21 senden unsere solidarischen Grüße und wünschen Ihrem Widerstand gegen solche Plastikversionen einer Stadterneuerung viel Erfolg.

In Stuttgart kämpfen wir gegen ein Projekt, das in seinen Ausmaßen sehr viel größer und grotesker ist als dieser Kölner Kulturstreich: der Hauptbahnhof soll gegen die Topographie dieser Stadt unter die Erde zu einem Durchgangsbahnhof gegraben werden, der denkmalgeschützte Bonatzbau, ein Kopfbahnhof, der zu den leistungsfähigsten Europas gehört, zu einem Torso verstümmelt, der mittlere Schlossgarten mit Bäumen, die zum Teil zweihundert Jahre alt sind, planiert werden, 33 Kilometer Tunnelröhren in den geologisch höchst problematischen Untergrund dieser Stadt gebohrt werden - damit die Züge zwei bis drei Minuten schneller unter dieser Stadt hindurchraschen können. Sie sollen Anschluss finden an eine neu zu bauende Schellbahntrasse nach Ulm über die Schwäbische Alb, um dort Fahrzeitgewinne von 28 Minuten zu gewinnen. Letztere Schnellbahntrasse wäre allerdings auch über einen renovierten Kopfbahnhof möglich, Ideen und Pläne liegen vor, die von der Verantwortlichen in Stadt, Land, beim Bund und bei der DB nie verfolgt wurden.

Lassen wir die verkehrstechnischen Aspekte beiseite, über deren Unsinn und Unstimmigkeiten viele Expertisen Auskunft geben (nachzulesen u.a. unter **www.kopfbahnhof-21.de** oder **www.leben-in-stuttgart.de**), die Milliarden die hier vergraben werden, könnten jeden Bundesbürger, auch die von Köln interessieren, denn sie zahlen über ihre Steuergelder die Träume und Fehlleistungen der DB mit: die veranschlagten sechs Milliarden können nach allen Erfahrungen mit solchen Großprojekten auf zehn Milliarden abgerundet werden. Dafür fehlen dann die Gelder für Kultur und Soziales. Nicht nur in Stuttgart.

Die Solidarität der Städtebewohner, seien es die in Köln, in Hamburg, München oder Stuttgart muss sich gegen eine Kultur der Stadtvernichtung richten, gegen diese Vorstellungen einer Eventarchitektur, mit der die jeweiligen Stadtoberen mit ihren jeweiligen Wirtschaftsverstrickungen sich gegen gewachsene Stadtstrukturen stellen, ihre Geschichte(n), ihre Erinnerungsorte.

Und überall zu beobachten: die Verhöhnung einer kritischen Bürgerschaft mit dem Verweis auf Wahlergebnisse oder schnell unterschriebene Verträge. Deshalb unsere besten Wünsche für das von Ihnen angestrebte Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid in Köln. In Stuttgart wurde ein solcher Bürgerentscheid nach einem Bürgerbegehren, das das Quorum von 20 000 Unterschriften um das Dreifache übertroffen hat, von der Mehrheit des Gemeinderats aus CDU, SPD, FDP und Freie Wähler und mit der Juristerei

abgelehnt. Inzwischen hat sich eine Bürgerbewegung auf den Straßen formiert, zu den Montagskundgebungen kommen seit Dezember 2009 zwischen 2000 und 4000 Menschen. Unter der Adresse **www.parkschuetzer.de** haben sich inzwischen fast 6000 Leute registrieren lassen.

In Hamburg schließlich wurde durch die Aktionen des zivilen Ungehorsams, durch Besetzungen, das historische Gängeviertel dem Zugriff eines holländischen Investors entzogen.

MUT ZU KULTUR - INHALT VOR FASSADE lässt sich gut auch auf unseren Widerstand gegen Stuttgart 21 anwenden: den Kopfbahnhof erneuern (das Kölner Schauspielhaus renovieren), den Park erhalten (das Ensemble um Oper und Schauspielhaus in Köln), den Bürgerwillen respektieren um das Gedächtnis der jeweiligen Stadt.

In Hamburg hat die Losung RECHT AUF STADT jenen Bürgerwillen zusammengeführt und für einen vermutlich kurzen Moment die Politik "lernfähig" gemacht. Helfen wir den Damen und Herren unserer Städte in ihren geliehenen Positionen der jeweiligen Verfassungsorgane, dass auch sie dazulernen müssen!

Mit solidarischen Grüßen

Eberhard Boeck für die Initiative "Leben in Stuttgart. Kein Stuttgart 21"